



Antrag

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Weniger Bürokratie und mehr Liquidität für Mittelstand und Handwerk - Rücknahme der Vorfristigkeit der Sozialversicherungspflicht

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt wird gebeten, sich im Rahmen einer mehrheitsfähigen Bundesratsinitiative für eine Rücknahme der Vorfristigkeit der Sozialversicherungsbeiträge auf den Stand vor der Einführung am 1. Januar 2006 einzusetzen.

Begründung

Seit der Einführung der Vorverlegung der Sozialversicherungspflicht vor über 10 Jahren, leiden Unternehmen nicht nur unter doppelter Arbeit, sondern auch unter ungewöhnlich hohen bürokratischen Mehrbelastungen. Inzwischen hat der Normenkontrollrat die Kosten untersucht und festgestellt, dass nur durch die Abführung der Sozialbeiträge jeweils am drittletzten Bankarbeitstag des laufenden Monats, ein jährlicher Mehraufwand von insgesamt 1,46 Mrd. Euro für die deutsche Wirtschaft entsteht. Besonders betroffen sind Unternehmen, die zum Stichtag noch keine Klarheit über die tatsächliche Höhe der Abführungen haben und diese schätzen müssen.

Inzwischen hat die Bundesregierung reagiert und will durch die generelle Zulassung eines erleichterten Beitragsberechnungsverfahrens für alle Unternehmen eine Entlastung um 65 Mio. Euro im Jahr erreichen. Die Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen die Bemühungen des Normenkontrollrates und der Bundesregierung, das Beitragsberechnungsverfahren grundsätzlich zu vereinfachen. Auch wenn die Bundesregierung der Ansicht ist, eine drastische Reduzierung des Bürokratieaufwandes zu erreichen, so bleiben große Teile der Kosten auch weiterhin als Bestandteil des Abrechnungsaufwandes erhalten.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende
SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Ausgegeben am 23.02.2017)